

# Fraktion aktuell

## Neues aus dem Wiesbadener Rathaus

INFORMATIONEN DER SPD-STADTVERORDNETENFRAKTION // AUSGABE NOVEMBER 2019

### Setz Antrag in der Stadtverordnetenversammlung vom 31. Oktober 2019

#### Rechtsextremistische Bedrohung in Wiesbaden

Zusammen mit der CDU-Fraktion hatten wir einen Antrag eingereicht, der aufgrund der kürzlich aufgetretenen rechtsextremistischen, aber auch antisemitischen Vorkommnisse von aktueller Bedeutung ist: Anfang Oktober wurden in Halle zwei Menschen getötet, nachdem der Täter – glücklicherweise erfolglos – versucht hatte, gewaltsam in einer Synagoge ein Massaker anzurichten. Der Täter in Halle hat seine Tat gestanden; als Motiv gab er eine rechtsradikale und antisemitische Gesinnung an. Die Tat ordnet sich damit in ähnliche rechtsextremistische Vorfälle in anderen Ländern ein, bei denen noch deutlich höhere Opferzahlen zu beklagen waren.

Die Zahl der Personen mit rechtsextremer Gesinnung liegt in Deutschland, laut Bundesamt für Verfassungsschutz, bei über 12.700. Das Bundeskriminalamt hat derzeit 43 Rechtsextremisten als „Gefährder“ eingestuft – also Menschen, die nicht vor Gewalttaten bis hin zu Mord zurückschrecken. Der Mord am Kassler Regierungspräsidenten Walter Lübcke zeigt, dass es nicht bei Planungen bleibt, sondern politische Gegner um ihr Leben fürchten müssen.

Der gemeinsame Antrag der Kooperation umfasste folgende Resolution:

In Wiesbaden leben Menschen verschiedenster Herkunft mit unterschiedlichen Lebensentwürfen und aus verschiedensten Kulturen friedlich miteinander. Dies ist ein Ausdruck der weltoffenen und toleranten Einstellung unserer Stadt. Das soll so bleiben und darf nicht von Menschen zerstört werden, die diese Ansicht nicht teilen und zudem auch bereit sind Gewalt gegen andere anzuwenden.

Die Diskussion im Stadtparlament war ausführlich, in weiten Teilen sachlich, aber teilweise auch sehr emotional. Vor allem die Verantwortung der politischen Parteien stand dabei im Mittelpunkt. Nadine Ruf machte in ihrem Redebeitrag deutlich, dass gerade die AfD den Nährboden für steigenden Rassismus und Rechtsextremismus geschaffen hat, indem sie in der öffentlichen Debatte entsprechendes Gedankengut salonfähig macht. Abermals war die AfD nicht in der Lage und nicht Willens, sich von den Ausfällen ihrer Parteimitglieder und Funktionäre zu distanzieren. Probleme gebe es ja in allen Parteien.



Nadine Ruf, stellvertretende Vorsitzende



**KEINE RECHTSEXTREMISTISCHE  
UND ANTISEMITISCHE HETZE**

**WIESBADEN MUSS OFFEN UND  
FRIEDLIEBEND BLEIBEN**

Hendrik Schmehl führte dazu in der Debatte aus, dass es zwar in nahezu jeder Partei einzelne Mitglieder gebe, die rassistische Weltbilder verfolgen, diese aber in demokratischen Parteien isoliert und rausgeworfen werden, auch wenn die rechtlichen Hürden dafür hoch seien. In der AfD hingegen könne man mit einer rechtsextremen Haltung sogar Landesvorsitzender und Spitzenkandidat werden.

Schlussendlich wurde am Ende der Debatte mit großer Mehrheit beschlossen, dass unter anderem über folgende Punkte berichtet werden soll:

- welche Straftaten mit einem extremistischen/antisemitischen Hintergrund wurden in den vergangenen vier Jahren in Wiesbaden festgestellt.
- wie wird die aktuelle Gefährdungslage und der Schutz von sensiblen Einrichtungen, wie Synagogen, Mahnmalen, Moscheen, US-Wohnsiedlungen in Wiesbaden aus Sicht des Magistrats beurteilt.
- welche Programme und Projekte fördert oder betreibt die Stadt, um in der Stadtgesellschaft über Extremismus und Antisemitismus aufzuklären, diese zu bekämpfen und zur Demokratieerziehung beizutragen.
- inwieweit werden Staatsbürgerkunde und Extremismusprävention im Rahmen der Ausbildung für den städtischen Verwaltungsdienst, bei der Ausbildung der Stadtpolizei, aber auch bei internen Fortbildungsangeboten für Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt und ihrer Gesellschaften berücksichtigt.

Mit aufgenommen wurden auch zusätzliche Punkte aus einem Ergänzungsantrag der Linken & Piraten, die insbesondere auf eine Verschärfung des Waffenrechtes sowie konsequente Verfolgung von sogenannten Hasspostings im Internet und den sozialen Medien zielen. Ferner werden eine Stärkung der Präventionsprogramme sowie eine noch konsequentere disziplinarrechtliche und strafrechtliche Ahndung neonazistischer Äußerungen und Betätigungen im öffentlichen Dienst eingefordert. Bezeichnenderweise hat die AfD diesen Punkten nicht zugestimmt, sondern sich lediglich enthalten.

## Weitere Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung:

[Fachkräftepaket Hebammenausbildung 2020 – sieben zusätzliche Hebammenausbildungsplätze](#)

[Bürgerhaus Tattersaal – Branschuttsanierung und Erneuerung der Lüftungsanlage](#)

[Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden Nordenstadt Hainweg Nord – Neubau einer 7-gruppigen Kita](#)

[Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden Nordenstadt Süd – Bau einer zweiten Kita](#)

[Bericht „Tagesbetreuung für Kinder 2018/2019“ – Dokumentation des Betreuungsbedarfs, der Versorgungssituation sowie der Ausbaubedarfe und -projekte](#)

[Wiesbadener Sozialraumanalyse 2019 – Entwicklung der sozialen Bedarfslage in den Stadtteilen](#)

[Konzeptverfahren in Wiesbaden – organisatorische Grundlage für zukünftige Grundstücksvergaben im Konzeptverfahren](#)

Alle Beschlüsse findet ihr im Politischen Informationssystem (PIWi) – einfach auf die oben stehenden Verlinkungen klicken.

### Impressum:

SPD-Stadtverordnetenfraktion  
Rathaus Wiesbaden  
Schlossplatz 6  
65183 Wiesbaden

Redaktion:  
Dr. Hendrik Schmehl  
Katharina Euler

Webseite:  
[www.spd-fraktion-wiesbaden.de](http://www.spd-fraktion-wiesbaden.de)

 @spd Wiesbaden

